

Wilsdruffer Tageblatt

Jernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Posschledtono Dresden 2640

Ergebnis täglich mit Ausnahme der Sonne und Feiertags nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Zeitungserlös bei
Geldabholung monatlich 20 M., durch unsere Ausländer zugestellt, in der Stadt monatlich 20 M. auf dem Lande
20 M. durch die Post bezogen vierzehntäglich 20 M. mit Postleistungsgeld. Alle Poststellen und Postbeamte sowie
versc. Ausländer und Geschäftsführer nehmen jederzeit Beziehungen mit. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder
sonstiger Betriebsstörungen hat der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Zeitungserlöses.



Zeitungserlös 20 M. für die gehaltene Rechte über deren Raum, Räume, die 2 halbjährige Verzettelung 20 M.
Bei Wiederholung und Jahresauflage entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur vom
Redakteur) die 2 gehaltene Normzeit 20 M. Nachweiszettel 50 Pf. Anzeigenannahme bis vormittags
10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Jernsprecher übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Redakteur
entbindet sich, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muss oder der Auszugsrechte in Strafe gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats
zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen.

Verleger und Tücker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Bässig, für den Inseraten Teil: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Nr. 11

Freitag den 13. Januar 1922.

81. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Grumbach.

Sonnabend den 14. Januar 1922 bleibt das Gemeindeamt wegen Reinigung
geschlossen.

Grumbach, am 12. Januar 1922.

1668

Der Gemeindevorstand.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In den deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien droht eine traurige Wendung wegen der Liquidation des deutschen Eigentums.

* Der auswärtige Ausschuss des Reichstages wird am Mittwoch über die Ergebnisse von Cannes verhandeln.

* Der Parteitag der U. S. P. D. nahm das vorgeschlagene Manifest einstimmig an. Der Reichstagabgeordnete und der Parteileitung wurde das Vertrauen ausgesprochen.

* In Paris herrscht große Erregung über den Verlauf der Konferenz in Cannes. Man spricht von einer englisch-französischen Allianz.

* Lloyd George erklärte in einer Unterredung, ein englisch-französisches Bündnis komme nicht in Frage, da es einen unfeindlichen Alt gegenüber Italien bedeuten würde.

* Die Postkongresskonferenz in Paris hat neue Fristen für die Umstellung der „Deutschen Werke“ bewilligt.

Auf und ab.

Nach dem raschen Anlaufen zur Lösung der großen europäischen Fragen, die auf der Welt lasten, zeigt sich in Cannes seit dem Beginn dieser Woche unverkennbar eine rückläufige Bewegung. Nehmen wir zuerst die internationale Wirtschaftskonferenz, die im März in einer der überitalienischen Städte zusammengetreten soll. An dem Plan als solchem wird festgehalten, ja, es wird sogar behauptet, dass die wichtigsten Einzelheiten für das zu gründende Konsortium zum Wiederaufbau Aufländerebereits „endgültig“ festgestellt seien, aber einmal ist mittlerweile wieder zweifelhaft geworden, ob die Konferenz in Genua tagen soll, zumal Tschechoslowakien eine außeritalienische Hauptstadt, in erster Reihe London, dafür vorgeschlagen hat. Dann aber erhebt sich, was umso wichtiger ist, in Frankreich starker Widerspruch gegen die sozusagen vorbehaltlose Einladung der Sowjetregierung zu dieser gemeinschaftlichen Tagung der europäischen Regierungen. Man flößt sich daran, dass die Sowjetmänner erst auf der Konferenz veranlasst werden sollen, sich über die bestimmten Voraussetzungen für die Anerkennung der Sowjetregierung durch die europäischen Mächte zu äußern. Man hätte es vielmehr für viel richtiger gefunden, wenn sie erst nach ausdrücklicher Anerkennung jener Bedingungen zur Konferenz zugelassen worden wären. Man weiß, dass sich dahinter ziemlich grundlegende Abweichungen zwischen der englischen und der französischen Denkungsweise verborgen, die zwar um eines augenblicklichen Vorteils wegen wohl vorübergehend einmal zurückgedrängt werden können, sich aber in entscheidenden Augenblicken immer wieder einer wichtigen Versöhnung über die russische Frage hemmend entgegenwerfen.

Dann die berühmten „vereinigten Staaten von Europa“. Für die ewig Leichtgläubigen und Hoffnungseligen förmlich eine neue Erneuerung, eine wahre Fundgrube für herausfordernde Zukunftspotenten vom ewigen Frieden und von Freundschaft unter allen Nationen. Was könnte auch verloren erscheinen als die Vorstellung, dass England und Frankreich, die stärkste See- und die stärkste Landmacht in Europa, sich für alle Zeiten zur unveränderlichen Aufrechterhaltung der durch den Versailler Vertrag geschaffenen staatlichen Zustände in der Welt zusammen und das sammelnde Schwert ihres Bündnisses jedem Friedenshüter, jedem Revanchepolitiker entgegenhalten! Nicht genug damit, sie sollten sogar auch bereit sein, jeden in ihrem Bunde mit einzunehmen, der Anzahl an dieser Friedenssicherung zu haben wünsche, so dass sozusagen mit einem Schlag alle Gefahr von den Völker Europa für immer genommen wäre. Natürlich kommen solche Spiegelbildereien seinen langen Bestand haben. Das Londoner Kabinett bescherte sich, etwas Wasser in den Wein der von Cannes ausgehenden Begeisterung zu mischen und zunächst darauf hinzuweisen, dass schon die gegenwärtige französische Politik allzu vielen Schwierigkeiten unterworfen sei, um die Sicherheit eines solchen Vertrages wirklich gewährleisten zu können. Wer sollte ferner in Zukunft darüber zu entscheiden haben, ob Frankreich, ohne selbst herausgesetzt zu haben, angegriffen worden sei? Wenn England wirklich seine ganze Land-, See- und Luftstreitmacht zur Verteidigung der Republik einsetzen soll, dann kann es niemals auf die selbständige Präfung dieser Haupt- und Kardinalfrage verzichten. Und wie Belgien und etwa auch Italien in den Vertrag einzutragen wären, das zu entscheiden, erfordert eine Weisheit, die den augenblicklichen Machthabern von Europa schwerlich zur Verfügung steht. Unter der Einwirkung dieser Bedenken scheint auch bereits in Cannes die Aussicht, für die „verbündeten Staaten von Europa“ erheblich zulasten zu sein. Lloyd George und Briand äukern

sich jetzt über den Plan mit einer lädierten Reserve, als wäre er von irgend welchen politischen Dilettanten und nicht von ihnen selbst ausgearbeitet, wie man wenigstens bisher, nach den überreichlich sprudelnden Pariser Pressequellen zu urteilen, annehmen müsste. Was von der ganzen Idee schließlich übrig bleibt, ist schwer zu sagen; vielleicht nicht mehr als eine interessante Erinnerung an den schönen Badeort an der französischen Riviera.

Welches Schicksal endlich der großen deutschen Delegation in Cannes bereitet wird, steht im Augenblick gleichfalls noch nicht in Frage. Die Herren sind mit echt preußischer Pünktlichkeit am Mittwoch morgen am Konferenzort eingetroffen. Sicher doch in der Hoffnung, nun auch sofort um ihren Rat oder wenigstens um ihre Meinung befragt zu werden. Statt dessen heißt es plötzlich, dass man sie erst am Donnerstag vor die Konferenz holen will, und die unerwartet eingetretene 24stündige Pause wird mit Erörterungen darüber ausgefüllt, ob man den deutschen Delegierten wieder einmal wie in Versailles und in Spa und in London ein Ultimatum vorlegen solle. Lloyd George und Briand wollen sich mit ihren Ausschüssen und Sachverständigen erst einmal über die „Fragen“ einigen, die den Deutschen zu unterbreiten sind, um dann, ganz nach früheren Mustern, mit blitzzarter Geschwindigkeit die Sache zum Abschluss zu bringen. Wenn dieses Verfahren jetzt abermals besteht, wie kann man sich ungefähr denken, was dabei herauskommen muss. Die deutsche Regierung ist keineswegs in der Lage, die Bedingungen, unter denen ihr das sogenannte Jahresmoratorium bewilligt werden soll, unbesehen anzunehmen. Sie würde, wenn man das von ihr verlangen wollte, abermals erklären müssen, dass ihr unerschöpfliche und deswegen unmögliche Leistungen zugemutet würden; was die Entente indes schwierig hindern wird, zu tun, wozu sie sich gerade ausgelegt fühlt. Von den in Cannes versammelten Würdenträgern hat sicherlich Lloyd George noch am ehesten einiges Gefühl für die Unmöglichkeit und auch für die Unanständigkeit eines solchen Verfahrens. Ob er aber seinen Widerspruch dagegen bis zum Ende aufrecht erhalten wird, ist eine andere Frage.

Briands Einheitspfeil.

Die Schriftsteller in Parlament und Presse.

In Paris hat die ordentliche Parlamentssession wieder begonnen. Die Sitzung des Senats wurde durch den Alterspräsidenten Denis mit einer charmwitschenhaften Ansprache eröffnet, in der er u. a. behauptete, dass Deutschland, anstatt ehrlich seine Kriegsschulden abzutragen, wie Frankreich 1871, sich seinen Verpflichtungen entziehe und alles ue, um seine Regierungen davon zu machen. In Frankreich sei durch neue schwere Steuern das Jahresbudget verflüchtigt und die Eisenbahntarife seien auf das Doppelte erhöht. Deutschland hingegen habe in flagranter Weise den Verfailler Vertrag verletzt und von seinen Steuerzahlen nicht die gleichen Opfer verlangt.

Der gleiche Ton fand sich bei der Eröffnung der Kammer wieder, die Raoul Péret zum Präsidenten wiedergewählt. Hier wies der Alterspräsident Siegfried in seiner Rede ebenfalls auf Deutschland hin und sagte, auch nach der Einschränkung der Ausgaben sei das französische Budget eine schwere Last, aber die französische Finanzlage bessere sich, und, wenn Deutschland seine Verpflichtungen erfülle, könne Frankreich schon heute ohne neue Kosten für seine Steuerzahler, die sonst unter dem Gewicht der Steuern zusammenbrechen, das Gleichgewicht wiederfinden.

Auch in den Ausschüssen der französischen Kammer macht man sich schwere Sorgen darüber, dass Briand vielleicht von Frankreichs „Rechten“ in Cannes zu viel aufgeben könnte. In Form von Entschließungen forderte man die Regierung auf, weder eine neue Herauslösung an der französischen Schuldsforderung noch irgendeine Einschränkung der französischen Tarife, die Frankreich zugestellt sind, vornehmen zu lassen. General Castelnau hat sich dahin ausgesprochen, dass er unter den gegebenen Umständen erwäge, die Aufhebung des Gesetzes über die Herauslösung der Dienstfreiheit zu verlangen.

Die schärfste Geibel gegen Briand schwingt jedoch der alte Tiger Clemenceau. Sein neues Blatt „L'Echo National“ ist nunmehr erschienen. Im Geleitwort sagt das Blatt, Frankreich sei seit zwei Jahren in den Händen einer Regierung der Abdankung. Ausgabe des Blattes sei es, in Frankreich den Sinn für den Sieg zu weden und ihn gegen die zu unterdrücken, die ihn verdunkeln wollten. André Tardieu sagt in seinem Verteidigung, Briand weiche in Cannes zurück, denn wieder werde durch das, was er abmache, der Vertrag von Versailles gegen Frankreichs Interessen revidiert statt ausgeführt.

Bedenkliches Schweigen.

(Von unserem ständigen Mitarbeiter.)

Berlin, 11. Januar.

Das Interessanteste an mehreren großen Reden, die in diesen Tagen gehalten wurden, ist verschiedenes, was nicht gesagt wurde. Da ist es zunächst allgemein aufgefallen, dass der Finanzminister Dr. Hermann in seiner Rede im Steuerausschuss zwar gesagt hat, dass die Regierung keine neuen Steuerpläne mehr habe und auch keine mehr zu haben wünsche, dass er sich aber über die von links her so stark vertretene Idee der „Goldmarke“ völlig ausgeschwiegen hat. Ebenso hat er nichts gesagt von der seinerzeit angeregten beschleunigten Erhebung einer weiteren Quote des Reichsnatopfers. Die Gewerkschaften haben nun eine Erklärung veröffentlicht, dass sie mit dieser Stille nicht einverstanden sind. Sie haben deshalb in Gemeinschaft mit den Vorständen der beiden sozialdemokratischen Parteien beschlossen, in der Steuer- und Reparationsfrage in stärkerem Maße druck vorzugehen. Sie haben ferner zur besonderen Bearbeitung der Fragen der Eröffnung der Sachverichte eine gemeinsame Kommission eingesetzt.

Schweigen beruht auch in der Frage der Einigung der sozialistischen Parteien, von der vor dem Parteitag der Unabhängigen so viel die Rede war. Man hat doch vielelei Schwierigkeiten auf dem Wege zur Einheitspartei entdeckt, und eine der wichtigsten ist die Teilnahme der Mehrheitssozialdemokraten an der Koalitions politik, die von den Unabhängigen verworfen wird. Ein Votauflauf des Vorwärts lehnt darum in der Einigungsfrage die Wille bereits von der Gegenwart in eine ferne Zukunft, indem er sagt: „Kennen die Unabhängigen zu uns, um darüber zu wachen, dass die Grenzen einer sachlich berechtigten Koalitions politik nicht überschritten werden, so wären sie ein willommener Zuwachs. Da sie es vorziehen, die Rolle des Wächters von außenher zu spielen, ist zu bedauern. Aber das ist nur ein Übergangsstadium, das überwunden werden wird.“

Bei weitem verhängnisvoller aber ist das tiefe Schweigen, welches sich in Cannes augenblisch über die wichtigste internationale Frage, oder doch ihren entscheidenden Teil, herabgesetzt hat. Von Zahlungsplänen, Bündnissen und Weltkonferenzen war sehr, sehr viel die Rede, aber von den maßgebenden Voraussetzungen für die neu zu bestimmenden deutschen Zahlungen, die England vor der Beratung in Cannes laut verkündete, ist auf einmal nicht mehr die Rede. Der ganze Zweck und Sinn, den die „Herabsetzung“ der deutschen Verpflichtungen haben sollte, bestand doch darin, dass Deutschland wirtschaftlich geladen, seine Notenpresse stilllegen und seinen Marktführer befestigen könnte. Jetzt aber hat man Ziffern aufgestellt, die — ganz abgesehen davon, ob wir sie mit unseren Zahlungen überhaupt erreichen können — jedenfalls die Voraussetzungen des Reformplanes glatt über den Haufen werfen. Der Erfolg so hoher Leistungen, wie sie in Geld und Waren immer noch von uns verlangt werden, kann und muss nur wieder ein weiteres Sinken der Mark und eine weitere Ausgabe von Papiermarken sein. Der angebliche Zweck ist verfehlt, und auf die Frage, was dann die Konferenz von Cannes und ihre Beschlüsse für einen Sinn behalten, folgt wieder nur das viersagende Schweigen. Keine Antwort ist auch eine Antwort. Veto.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Politische Wendung in Oberschlesien.

Nach einer Breslauer Meldung soll die polnische Delegation in Oberschlesien durch Rabbinatsbeschluss der Warschauer Regierung angewiesen worden sein, seiner Vereinbarung zuzustimmen, die der polnischen Regierung das Recht nähme, das deutsche Vermögen in Oberschlesien zu liquidiieren. Sollte diese Nachricht zu treten, so würden die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen in ein kritisches Stadium treten, denn Deutschland dürfte nicht in der Lage sein, einen Vertrag abzuschließen, der Polen das von ihm beanspruchte Liquidationsrecht einräumt. — In Beuthen trat Reichsratminister a. D. Simon ein, der zur Bearbeitung staats- und volksterritorialer Fragen in die deutsche Delegation eingetreten ist. Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Oberschlesien nähern sich im übrigen ihrem Abschluss. In einer Reihe von Fragen konnte eine grundsätzliche Einigung zwischen der deutschen und polnischen Delegation erzielt werden.

Die „Deutschen Werke“ erhalten Umstellungsfrist.

Die Berliner Postkongresskonferenz hat uns in einer

Bermischtes.

Seidene Wäsche aus Sparsamkeit. Die hohen Preise, die die Waschsalons und Wäschereien nebst haben, haben in England dazu geführt, daß Unterwäsche aus Seidenstoffen vielfach an die Stelle von Leinen und Baumwolle getreten ist. Besonders einzuhaltende, berufstätige Frauen, die die Wäsche nicht zu Hause waschen können, erklären, daß sie lieber den ungefähr doppelten Preis für Unterwäsche aus Seide aufwenden, die sich mit weniger Mühe zu Hause wieder reinigen läßt, als die hohen Preise der Wäschereien, die noch dazu die Sachen verderben, zu bezahlen. Ob diese Gewohnheit sich auf die Dauer wirklich als so praktisch erweisen wird, und ob dabei nicht doch die Liebe Eitelkeit der Sparsamkeit als Ausrede dient, mag dahingestellt bleiben. jedenfalls wird erklärt, daß bei vornehmsten Ausstattungen und da, wo die Kosten des Waschens keine Rolle spielen, Waschunterhaltung mit Süderen und Spülern immer noch das Feld behauptet.

Die Trauung im Schlafzof. In Schlossrod, Soden und Pantoffeln und einer langen Gebrod übergetreift, kam dieser Tage ein Bräutigam in ein Londoner Standesamt gestürzt. Er hatte sein Absteigquartier in einem benachbarten Hotel und war einige Tage zuvor darum eingekommen, eine Stunde vor der geplanten Zeit getraut zu werden, da er mit seiner jungen Frau einen unmittelbar danach abgehenden Zug noch erreichen wollte. Am letzten Tage aber hatte er verschlafen, und so konnte er nur noch rasch in den Gebrod schlüpfen, der seine unvollständige Bekleidung nur unzureichend verhüllte. Die Braut nahm seine Entschuldigungen lächelnd entgegen, und auch der Standesbeamte war höchst genug, ihm einen Raum anzubieten, falls er seine Toilette der Würde der Situation entsprechend, vervollständigen wolle. Der Bräutigam fürchtete jedoch eine zu große Verzögerung. Während die junge Frau noch die Traumgewölben bezahlte, fuhr der Ehemann rasch in die Hosentasche und eilte dann mit seiner jungen Gattin von dannen.

Ein Frauenduell mit tödlichem Ausgang. Natürlich spielt die Geschichte in den Vereinigten Staaten, und natürlich war der Streitgegenstand ein Mann. Zwei Damen, die Witwe Cora Noel und Fräulein Cora Jenkins, hatten eine Neigung zu demselben Mann gesetzt. Als sie sich lässig zufällig trafen, erhob sich erbitterter Streit zwischen den beiden Nebenbuhlerinnen, und da beide der Überzeugung waren, daß die Welt nicht groß genug für sie beide sei, beschlossen sie, um den Mann zu kämpfen, bis einer von ihnen auf der Bühne stand. Als herausforderter Teil durfte Frau Noel die Waffen wählen, und nachdem sie sich für Revolver entschlossen hatte, sonderte Kampf in Uniontown in Pennsylvania noch allen Regeln der Kunst statt. Als Kampffeld hatte man ein großes Zimmer gewählt. Damit kein Zweifel über die Ursache des Kampfes auskomme, wurde der umstrittene Mann eingeladen, sich zu bestimmter Zeit an Ort und Stelle einzufinden. Er kam wirklich, nicht böses ahnend, und mußte als stummer Zeuge zusehen, wie die beiden Rivalinnen mit Revolvern aufeinander losgingen, denn eine Verwandte der Frau Noel, die als Unparteiische fungierte, bildete keine Einmischung. Schließlich kam Frau Noel mit einem Schuß über dem Herzen zu Boden, und kaum war dies geschehen, so verließ Fräulein Jenkins das Zimmer, und hinter ihr der junge Mann. Seitdem hat man nichts mehr von ihnen gehört. Frau Noel wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie nach einigen Stunden starb.

Nah und Fern

Noch keine Frankiermaschinen. Die in den letzten Tagen verbreitete Nachricht, daß die Post Frankiermaschinen zu vermieten beabsichtige, und daß bereits im Februar 50 solcher Maschinen an private Firmen abgegeben werden sollen, eilt den Tatsachen voraus. Richtig ist, daß sich die Reichspostverwaltung schon seit längerer Zeit mit der Frage einer weiteren Ausdehnung des Briefmarkenverfahrens durch Vermietung geeigneter Maschinen beschäftigt. Die Vorbereitungen sind jetzt soweit gediehen, daß eine Anzahl solcher Apparate bei einer Fabrik in Auftrag gegeben worden ist. Wann die Apparate fertiggestellt sein werden und in Betrieb genommen werden können, läßt sich noch nicht mitteilen.

Naturschutzgebiet Lüneburger Heide. Durch eine Verordnung der preußischen Minister für Kultus und für Landwirtschaft ist ein in den Kreisen Soltau und Bünzen a. L. das Regierungbezirk Lüneburg belegenes Gebiet zum „Naturschutzgebiet Lüneburger Heide“ erklärt worden.

Der Hahnenträger von Weihenbürg gestorben. In Bisselbörde, Kreis Rothenburg, wo er im Ruhestand lebte, ist, 75-jähriger Generalleutnant Konstantin Baron, der Hahnenträger von Weihenbürg aus dem 1. Kriege, gestorben. Den Titel „Hahnenträger von Weihenbürg“ hat beim Verstorbenen der damalige Kronprinz am Abend des Tages von Weihenbürg und Börth, 4. September 1870, gegeben. Nachdem sämtliche höheren Offiziere des 1. Bataillons J. R. 58 gesessen oder verwundet waren, habe Baron, damals Oberleutnant, die Hahne, deren Träger mehrmals gewechselt hatte, an sich gerissen und war mit dem Ruf: „Wer verläßt die Hahne? Vorwärts!“ in die feindliche Stellung gedrungen.

Die Opfer von Orypan. In der außerordentlichen Generalversammlung der Badischen Anilin- und Soda-fabrik, die dieser Tage in Mannheim stattfand, wurde mitgeteilt, daß bei dem Oppauer Unglüx 522 Personen ihr Leben eingebüßt haben, 1097 verletzt wurden, und daß 43 Personen vermisst werden.

Explosionskatastrophe in Ungarn. Aus Budapest wird gemeldet: In einer chemischen Fabrik entstand eine furchtbare Explosion. Die Mauern des Gebäudes stürzten ein. Unter den Trümmern liegt eine ganze Anzahl von Opfern der Katastrophe. Eine Kompanie Soldaten wurde zur Hilfeleistung abgesandt.

Millionenunterschlagungen bei der Schupo. Von dem Millionenbetrag, den der Schupolizeibeamte Fehner in Berlin vor einigen Tagen unterschlag, wurden in Grünberg bei Verwandten des Fehner 250 000 Mark beschlagnahmt.

Hochwasserkatastrophe in Messina. Infolge eines ungemeinen Wettersturzes ist die Stadt Messina zum größten Teil unter Wasser gesetzt. Mehrere öffentliche Gebäude, darunter die Bürgermeisterstube und die Kathedrale, sind größtenteils zerstört und mehrere Häuser eingestürzt. Die Zahl der Opfer ist unbekannt.

Ein italienisches Dorf verschüttet. Nach anhaltenden Regengüssen und Schneefällen hat ein Erdbeben das sizilianische Dorf San Fratello teilweise verschüttet. Das Rathaus, die Kirche, das Post- und Telegraphengebäude und viele andere Häuser wurden zerstört. Die etwa 5000 Einwohner flüchten in die umliegenden Dörfer.

Deutsches Hilfswerk in Mexiko. Der Verband Deutscher Reichsangehöriger in Mexiko hat wiederum ein umfassendes Hilfswerk für die notleidenden deutschen Landsleute, Ansäßige und Einwanderer, eingeleitet. Seit letztem Jahr hat der Verband bereits 40 000 Goldpesos den Wohltätigkeitsvereinigungen überwiesen und rund 15 000 Goldpesos für die Unterstützung der deutschen Einwanderer ausgeben können.

Neueste Meldungen.

Keine Reichskontenanstalt.

Berlin. Wie verlautet, ist seitens der Reichsregierung der Plan der Errichtung einer Reichskontenanstalt zunächst zurückgestellt worden. Dagegen sind Notstandmaßnahmen anderer Art zur Linderung der Not der Kleinrentner eingeleitet.

Internationalisierung der Elbe.

Dresden. Die zweite Internationale Elb-Konferenz wird im Februar in Dresden abgehalten werden. Sie wird sich mit der endgültigen Aussiedlung der Elb-Schiffahrtsalte befassen, durch die die Elbe internationalisiert werden soll.

Interessengemeinschaften im polnischen Oberschlesien.

Breslau. Mit dem Sit in Katowitz wurde für das polnische Oberschlesien ein Konzern der Firmen Friedländer, Eimannsgrube, Gräflich Schossigische und Gräflich Wallensteinische Verwaltung gegründet zur Organisation des Geschäfts nach dem Osten.

Neue Hochschule für Technik und Wirtschaft.

Weimar. Eine Hochschule für Technik und Wirtschaft mit allen Rechten einer Universität, auch mit dem Promotionsrecht, soll in Weimar gegründet und noch in diesem Jahre eröffnet werden. Als Lehrgebiete sind zunächst industrielle Technik der Banken und Organisation, Technik, Verwaltungswissenschaft und Kriminalwissenschaft vorgesehen. Die für Jena geplante Betriebskörtechnische Schule soll mit der neuen Hochschule vereint werden.

Kutterkrieg in Kreuznach.

Kreuznach. Wegen der hohen Preise wurden auf dem kleinen Wochenmarkt die Unterwerker von den Handelsrauben von dort mit dem Erfolge, daß der Preis der Butter zunächst auf 40 Pfennig und als dann die Nachfrage weiter schwach blieb, auf 36 Pfennig zurückging.

Düsseldorf ohne elektrische Kraft.

Düsseldorf. Wegen vollständiger Verschöpfung der Bahnstromlinie ist die Stromlieferung Düsseldorfs so schlecht geworden, daß das städtische Elektrizitätswerk die Kraftversorgung an die Industrie einstellt. Nur die lebenswichtigen Betriebe, wie Beleuchtung, Bäckerei usw., sollen noch mit Strom versorgt werden.

Die dänische Landesverteidigung.

DA. Schleswig. Der Schwerpunkt der dänischen Landesverteidigung soll von den Inseln, besonders von Seeland nach Jütland verlegt werden. Unterbringung und Gruppierung der dänischen Armeen werden geändert. Die Festung Kopenhagen soll geschlachtet werden.

Berührung deutscher Munitionslager.

Strasburg. Von verschiedenen elzas-lotringischen Gemeinden und Verwaltungsbürokraten des Landes, sowie auch von der Presse sind bei der elzas-lotringischen Regierung Vorstellungen darüber erhoben worden, daß die zurückgebliebenen deutschen Munitionslager eine ständige Gefahr für die Bevölkerung darstellen. Rummelsburg gibt die französische Regierung bekannt, daß von 30 000 Tonnen Munition, die sich im Lande befinden, bisher ungefähr 22 000 Tonnen zerstört worden sind. Die Verschüttungen der restlichen 8000 Tonnen soll im Laufe dieses Jahres beendet werden.

Russland willt Arbeiter in Amerika.

Newark. Die Sowjetregierung hat in Newark ein amtliches Werksbüro für Industriearbeiter errichtet, die sich nach Russland begeben wollen. Der Sowjetagent Keller gibt bekannt, daß er auch beantragt sei, Konzessionen für Fabriken, landwirtschaftliche Siedlungen, Grubengesellschaften usw. zu erteilen.

Arbeitslosigkeit in Japan.

Tokio. In der japanischen Eisen- und Stahlindustrie verschafft grobe Arbeitslosigkeit, die dadurch verursacht wurde, daß die Industriewerke, die am Bau von Kriegsschiffen beteiligt waren, fast die Hälfte der Arbeiterschaft entlassen haben.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tagblattes“.

Eine neue bayrische Frage.

München, 12. Jan. (tu.) Unter der Überschrift „Eine neue bayrische Frage“ wendet sich heute der „Bayrische Kurier“ dagegen, daß rückwärts auf den 1. Dezember auf böhmische Kohle die deutsche Kohlenförderung mit gegenwärtig 20 %, demnächst aber vorausichtlich 40 % des Wertes vom Reichsfinanzministerium erhoben werden soll. Dadurch wird die bayrische Industrie, die in besonderem Maße auf die böhmische Kohle angewiesen ist, mit jährlich 25 Millionen Mark belastet und ihre Konkurrenzfähigkeit eingeschränkt. Das genannte Blatt stellt die Frage: „Ist mit der bayrischen Regierung diese ausschlaggebende Maßnahme vorher besprochen worden, wenn nicht, was bedeutet die bayrische Regierung zu tun, nachdem sie einen solchen Faustschlag erhalten hat?“

Internationale Seelente-Konferenz in Hamburg.

Hamburg, 12. Jan. (tu.) Gestern trat in Hamburg eine von der Internationalen Transportarbeiter-Föderation einberufene Seelente-Konferenz zusammen. Die Konferenz ist die Fortsetzung der am 30. 11. und 1. 12. in Antwerpen abgehaltenen Internationalen Seelente-Konferenz. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der internationalen Wirtschaftslage sowie die Beratung von Maßnahmen seitens der Seelente, um die dringende Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abzuwenden. Der Präsident der Internationalen Transportarbeiter-Föderation eröffnete die Tagung, Franz Köhler (Deutscher Transportarbeiterverband) hielt die Delegierten im Namen der deutschen Seelente willkommen. Der 1. Verhandlungstag wurde durch die Beratungen der Delegierten über die Lage der Seelente in den einzelnen Ländern ausgefüllt.

Aus Stadt und Land.

Willst du diese Rubrik nehmen wir immer dankbar empfangen.

Wilsdruff, am 12. Januar.

Die Berufswahl.

Wo es noch nicht geschehen, bringen die ersten Wochen des neuen Jahres in den Familien, in denen kommende Ostern ein Kind die Schule verläßt, nun ernstlich die Frage der Berufswahl zur Sprache. Die Unsicherheit der Zeit tut ein Uebrigiges, diese wichtige Wahl noch besonders zu erschweren. Was soll der Junge oder das Mädchen werden? Es ist ein typisches Zeichen unserer Tage, daß man allenfalls jetzt Berufswahlen für Knaben und Mädchen in einem Zug nennt. Früher blieb das Mädchen in sehr vielen Fällen dabei bei Mutter, wo sie sich in der Hauswirtschaft nützlich machen und sich so langsam und gründlich auf ihre spätere Aufgabe als deutsche Hausfrau vorbereite. Jetzt müssen auch die Mädchen in den meisten Fällen

einen Beruf erlernen. Ist die Auswahl unter den Erwerbsmöglichkeiten für sie noch eine verhältnismäßig leichte, so ist das bei den Knaben wesentlich anders. Hier handelt es sich doch darum, die Grundlagen für eine Lebensaufgabe zu schaffen.

Auf alle Fälle werden Eltern, die noch zu keinem festen Entschluß kommen könnten, gut tun, sich in der Schule bei dem Lehrer ihres Kindes nach dessen Fähigkeiten und Neigungen zu erkundigen und ihn bei der Berufswahl mit zu Rate zu ziehen. Manch verachtete Existenz wäre vermieden worden, hätte man den Jungen nicht frühzeitig in einen Beruf gedrängt, der seinen ganzen natürlichen Veranlagungen widersprach, der nur „den Wunsch der Eltern erfüllte“. Die Berufswahl für ein Kind ist eine so wichtige Angelegenheit, daß hier Lieblingswünsche der Eltern oder Verwandten zurückgestellt werden müssen, wenn aus dem Jungen etwas Tüchtiges werden soll. Und darauf kommt es jetzt in unserem Volke vor allen Dingen an, daß wir eine Jugend heranziehen, die in ihrem Beruf wie auch im öffentlichen Leben voll und ganz ihren Mann stellt.

Zu Großvaters Seiten. Aus zahlreichen Schilderungen sprechen die vergangenen Zeiten zu uns von bescheidener Lebensfreude, bescheidenem Genügsamkeit und ernstem Charakter. Man lebte, liebte und litt, damals wie heute und sank ins Grab, wenn die Zeit erfüllt war. Es hat Fälle gegeben, da haben selbst erste Männer spöttisch über die gute alte Zeit gelächelt, über ihre Kleinlichkeit, für die uns Großväter haben das Verständnis abging. Aber unsere Großeltern hatten mit ihrer Anspruchlosigkeit den Boden bereitet, auf dem sich dann, in den letzten dreißig Jahren vor dem Kriege, der unerhörte Aufschwung Deutschlands vollzog. Dann brachen wir zusammen, sozusagen über Nacht wurden wir um ein halbes Jahrhundert zurückgestellt. Jetzt soll uns wohl das Lächeln über die Bedürfnislosigkeit der Alten vergehen. Wären wir doch häufig, was nun vor uns steht auf dem Tisch des Lebens, mit derselben stolzhaften Bescheidenheit hinzunehmen, wie sie es taten. Wir aber können uns nicht freimachen von den lodernen Bildern unserer Vergangenheit, und deshalb wird es uns so ungälig schwer, uns in bescheidene Umstände hinzufinden. Freilich unsere Vorfahren lebten im Aufschwung, und weil sie die Verhältnisse nur nach ihren noch durchgängigen eigenen Erfahrungen messen konnten, erwies sich ihr Maßstab als zu klein. Sie erachteten sich also immer einen Überschuss an Glück, während wir mit unserem großen Maßstab zu einem Ausfall kommen. Aber wir wissen, daß es den Alten nicht besser ging als uns jetzt, und daß sie trotzdem glücklich waren und daneben noch die Grundlage für unser Lebensglück zimmern konnten. Wir müssen, ob wir wollen oder nicht, den Weg nochmals gehen, den unsere Großeltern zurücklegten. Wäre es nicht gut für uns, wenn wir dies mit derselben Fröhlichkeit täten, mit der sie es taten?

Nichts Unbeständigeres gibt es jetzt, als das Wetter. Es wechselt rascher denn im bekannten launischen April. Wer es beurteilen will, muß mehr als vorsichtig sein. Die Kälte war so schnell, wie gekommen, wieder verschwunden, und das schöne Winterbild vom Sonntag war am Montag schon zerstört. Gestern nachmittag noch Regen und warmer Westwind und heute morgen wieder die herrlichste Winterlandschaft. Hoffentlich kommen bald wieder mehr von den Hedern Frau Holle zur Erde, damit Nöbel und Schneeschuh voll wieder in Betrieb kommen können.

Der Landwirtschaftliche Verein zu Wilsdruff hielt gestern nachmittag im „Adler“ eine recht gut besuchte Versammlung ab. Nach Eröffnung durch den Vorsitzenden, Herrn Rittergutsbesitzer Böhm, erstattete Herr Erbgerichtsbesitzer Kaiser-Grumbach den reichhaltigen Jahresbericht, auf den näher einzugehen wir uns verlegen müssen, da die jeweiligen Versammlungsberichte in unserem Blatte regelmäßig erschienen sind. Der Stand der Mitglieder des Vereins beträgt gegenwärtig 285. Den Kostenbericht erstattete der Kassier, Herr Gutsbesitzer Richter-Grumbach. Nach Prüfung der Rednung wurde ihm Entlastung zuteil und ihm wie dem Schriftführer der Donk des Vereins ausgesprochen. Kurz und schmerzlos war die folgende Vorstandswahl. Auf Zuruf wurden wieder gewählt der verdiente Vorsitzende, Herr Rittergutsbesitzer Böhm - Klippau, als dessen Stellvertreter Herr Gutsbesitzer Böhme-Behlendorf, Böhlendorf, als Schriftführer Herr Erbgerichtsbesitzer Kaiser-Grumbach, als dessen Stellvertreter Herr Oberlehrer Hirschbach-Wilsdruff, als Kassier Herr Privatus Schönhof-Wilsdruff. Ausführende und Vertrauensmänner bleiben dieselben bis auf den Vertrauensmann von Helbigsdorf, als der Herr Gutsbesitzer Henzel gewählt wurde. Im weiteren Verlaufe der Sitzung berichtete Herr Kaiser nochmals über die geplante Haushaltungsrede. Die Anmeldungen dazu haben für 1922 die Höchstzahl der auszunehmenden Schülerinnen bereits überschritten. Anmeldungen für die nächsten Jahre werden noch angenommen. Der Landeskulturrat hatte der Einsicht halber angeregt, daß die Anteile zur Finanzierung einslos gewährt werden sollten; die Versammlungen erklärten sich auch damit einverstanden. Interessante Filmvorführungen bildeten den Schluß der Sitzung.

Fahrtreisemäßigung für Jugendpflegevereine. Die Fahrtreisemäßigung zugunsten der Jugendpflege auf den deutschen Eisenbahnen sollte vom 1. Januar ab nur den befreitlichen anerkannten Vereinen für Jugendpflege gewährt werden. Die Durchführung der befreitlichen Anerkennung der Vereine hat sich jedoch verzögert, und es wird daher die Fahrtreisemäßigung bis auf weiteres nach einer Erklärung der Eisenbahnleitung Berlin noch nach dem bisherigen Verfahren gewährt.

Neugruppierung der sächsischen Turngäte. Die seit Jahren bestehende Absicht, Sachsen's Turngäte neu einzuteilen, hat sich zu einem Vorschlag des Oberturnwartes M. Schwarze-Dresden verdichtet, der das weiteste Interesse aller Turnkreise erwidern dürfte. Oberturnwart Schwarze will sämtliche 20 sächsischen Gau aufgelöst wissen und erstrebt eine völlige neue Gruppierung in 9 Gau. Die Lausitz wäre der 1. Gau bis zur Linie Pulsnitz-Stolpen-Neustadt; das Elbtal als 2. Gau würde Dresden als Mittelpunkt, Dresden-Süd bis Pirna, Dresden-West bis Thorndorf, Reichen, Riesa, Großenhain und Dresden-Neustadt bis Radeberg umfassen. Als weitere Gau sind gedacht: 3. Gau: das Erzgebirge; 4. Gau: das Osterzgebirge; 5. Gau: Westsachsen; 6. Gau: das Vogtland; 7. Gau: Mittelsachsen; 8. Gau: Niederland; 9. Gau: das Leipziger Schießfeld.

Erhöhung der Brotpreise. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: In der letzten Zeit sind wiederholt Nachrichten über eine Erhöhung des Brotpreises verbreitet worden. Sie entdecken insofern nicht der Grundlage, als die Reichsregierung, wie man weiß, nicht in der Lage ist, auch im Jahre 1922 Zuschüsse zur Verbilligung des Brotpreises zu leisten, die sie bisher in Höhe von 7 bis 8 Milliarden gemacht hat. In den Haushalt für 1922 sind dementsprechend Zuschüsse zur Verbilligung von Brotpreisen nicht mehr eingestellt worden. Leiderdesto hat der ungünstige Stand der Valuta zur Folge, daß die von der Reichsregierung bisher schon gezahlten Zuschüsse nicht mehr ausreichen, die Verbilligung in dem bisher vorgegebenen Maße durchzuführen. Es wird also mit einer beträchtlichen Erhöhung des

